

Waffenexporte: SVP und FDP setzen sich durch

Kriegsmaterial Die Schweizer Rüstungsindustrie soll neu Kriegsmaterial auch in Länder exportieren dürfen, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Der Bundesrat hat diese Absicht schon im Juni geäussert. Gestern erklärte die nationalrätliche Sicherheitskommission (SIK), dass sie das Vorgehen der Regierung unterstützt. Allerdings ist der Support denkbar knapp: Grüne, SP, BDP, GLP und CVP kritisierten bereits im Vorfeld das Vorgehen. Deshalb beantragte CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann (LU), die Änderung öffentlich zu diskutieren und eine Vernehmlassung durchzuführen. Mit 13:12 Stimmen hat die Kommission den Antrag abgelehnt. Einen zweiten legten Grüne und SP vor. Sie verlangten, dass der Bundesrat auf eine Lockerung der Waffenexporte ganz verzichtet. Wiederum stellten sich die 13 FDP- und SVP-Nationalräte geschlossen dagegen. Damit steht einem erleichterten Export von Waffen nichts mehr im Weg. Die ständerätliche SIK hat das Geschäft zwar erst Ende August traktandiert. Allerdings war es diese Kommission, die den Bundesrat überhaupt beauftragt hatte, Unterstützungsmöglichkeiten für die Rüstungsindustrie zu prüfen.

Parlament soll mitreden können

Nun passiert es höchst selten, dass das Parlament dem Bundesrat bei Verordnungen dazwischenfunkt. Im Unterschied zu Gesetzen kann die Regierung Verordnungen in Eigenregie ändern – auch jene über Kriegsmaterialexporte. Allerdings muss er bei Entscheiden mit grosser politischer, finanzieller und gesellschaftlicher Tragweite Parteien und Verbände konsultieren. Bei den Waffenexporten hielt er das nicht für nötig. Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP/ZH) versteht das nicht, sie fragt rhetorisch: «Wenn hier die politische Tragweite nicht gegeben ist, wann dann?»

Die BDP will nun die Ausführbestimmungen für Kriegsgüter nicht mehr in der Verordnung, sondern im Gesetz regeln. So müsste das Parlament Änderungen beschliessen, und ein Referendum wäre möglich. (aw)

Bundesrat gegen Rücknahmepflicht

Umwelt Jedes Jahr landen 1,2 Millionen Tonnen Verpackungen im Abfall. Obwohl ein grosser Teil dieses Abfallbergs unnötig ist, will der Bundesrat keine verbindlichen Vorschriften erlassen. Er lehnt eine Motion des Walliser CVP-Nationalrats Benjamin Roduit ab, der eine Rücknahmepflicht einführen will. Laut Bundesrat würde dadurch ein sehr grosser Strom von Stoffen umgeleitet, mit entsprechenden Anforderungen an die Logistik und den damit verbundenen Kosten. Zudem sei es aufwendig zu kontrollieren, dass nicht auch Material anderer Herkunft in den Geschäften abgegeben werde. Der Bundesrat erinnert auch daran, dass ein entsprechender Vorschlag im Rahmen der Vorlage «Grüne Wirtschaft» im Parlament gescheitert war. (red)

Die Mädchenbefreierin

Menschenrechte Anu Sivaganesan ist früh mit dem Thema Zwangsheirat konfrontiert worden – und setzt sich seither dagegen ein. Besonders in den Sommerferien melden sich viele Betroffene bei ihrer Fachstelle.

Barbara Inglin

Bei der Fachstelle Zwangsheirat herrschte in den letzten Wochen Hochbetrieb. Wie jeden Sommer. Denn immer wieder nutzen Eltern mit Migrationshintergrund die langen Ferien, um ihre Kinder im Herkunftsland unter die Haube zu bringen. Die Fachstelle unterstützt die Betroffenen. Sie versucht, wenn bereits vor der Abreise ein Verdacht besteht, eine Ausreise zu verhindern. Oder Betroffene nach einer Heirat wider Willen in die Schweiz zurückzuholen und hier die Ehe für ungültig zu erklären oder aufzulösen. Wird die Gefährdung der Geretteten als besonders hoch eingestuft, hilft die Fachstelle Zwangsheirat beim Untertauchen. Wohnort, Arbeitsstelle, selbst die Identität müssen im Extremfall geändert werden.

In den Medien präsent für die Fachstelle ist jeweils Anu Sivaganesan, Präsidentin der Fachstelle. «Juristin, Menschenrechtlerin und Kosmopolitin», wie sich die 31-Jährige selbst beschreibt. Die weiteren Mitarbeitenden der Fachstelle bleiben aus Sicherheitsgründen anonym. Sie sei als Rechtsberaterin etwas weniger im Fokus, aber natürlich erhalte auch sie Drohungen, sagt sie, und lacht das Thema einfach weg. «Wenn ich eine Feuerwehrfrau wäre, dürfte ich doch auch keine Angst vor dem Feuer haben.»

Schulfreundin wurde zwangsverheiratet

Sivaganesan spricht ruhig und überlegt. Persönliche Fragen beantwortet sie zurückhaltend, da nicht ihre Person im Vordergrund stehen soll. Doch sobald sie auf das Thema Menschenrechte zu sprechen kommt, wird sie energisch. «Es ist doch ein Menschenrecht zu entscheiden, wen ich lieben und heiraten will», sagt sie. Dass dies nicht selbstverständlich ist, erfuhr sie zum ersten Mal während ihrer Zeit am Gymnasium in Zug. Eine gute Schulfreundin wurde in den Ferien in ihrem Heimatland zwangsverheiratet. Und es blieb nicht beim Einzelfall. Sivaganesan erlebte mit, wie in ihrem Freundeskreis Personen bei der Partnerwahl eingeschränkt oder gar zur Ehe gezwungen wurden.

Gemeinsam mit Gleichgesinnten entschied Sivaganesan, etwas dagegen zu unternehmen. Sie war ein Teenager, gerade einmal 14 Jahre alt, als die Organisation zwangsheirat.ch im Jahr 2001 ihre Arbeit aufnahm. Damals wollte man vor allem sensibilisieren und informieren. Denn in der Schweiz waren Zwangsheiraten bis dato kein Thema. «Gibt es das in der Schweiz überhaupt?», wurde sie immer wieder gefragt. Gewisse Kreise versuchten, das Thema herunterzuspielen, das sei bei manchen Nationalitäten nun einmal Teil der Kultur, hiess es. Von Seiten des Bundes legte man der Fachstelle nahe, doch lieber von «Heiratspraktiken unter Migrantinnen und Migranten» zu sprechen. «Das ist sehr relativierend. Wir mussten klarstellen, dass es um Menschenrechtsverletzungen geht», sagt Sivaganesan.

Ihr Engagement bereits in jungen Jahren betrachtet Sivaganesan, wie so vieles, was sie leis-



Gibt der Fachstelle Zwangsheirat ein Gesicht: Anu Sivaganesan.

Bild: Jakob Ineichen (Zug, 17. August 2018)

tet, als selbstverständlich. Sie ist in Sri Lanka aufgewachsen. Als sie zwei Jahre alt war, flohen erst ihr Vater und später ihr sechs Jahre älterer Bruder vor dem Bürgerkrieg in die Schweiz. Jahrelang hatten sie nur telefonisch Kontakt, erst zehn Jahre später konnten Anu Sivaganesan und ihre Mutter über den Familiennachzug ebenfalls in die Schweiz kommen. Sivaganesan erlebte «neben dem Temperatur- auch einen Bildungssturz», wie sie sagt. Statt in die 8. Klasse wie in Sri Lanka, wo

sie Bestnoten gehabt hatte, musste die damals Zwölfjährige erst einmal in der Kleinklasse Deutsch die Schulbank drücken und danach in der 6. Primarklasse einsteigen. Doch Sivaganesan fand sich schnell zurecht und lobt die Unterstützung, die sie erhalten habe, von Lehrpersonen, einer Nachbarin, und vor allem von ihrem grossen Bruder Rupan. Dieser schleppte sie nach der Ankunft in der Schweiz in die Gemeindebibliothek und brachte ihr mit Hilfe von Bilderbüchern erste

deutsche Vokabeln bei. Schon bald nahm er die kleine Schwester auch mit zu Veranstaltungen gegen Rassismus und für Integration. Das Feuer sprang schnell über. Während Rupan Sivaganesan in die Politik einstieg und für die Linke im Zuger Gemeinde- und Kantonsrat Einsitz nahm, wurde Anu Sivaganesan in verschiedenen Vereinen im Bereich Integration und Menschenrechte aktiv. Mit 17 Jahren wurde sie jüngstes Mitglied der Zuger Integrationskommission.

Zu Hause sorgt das Engagement der Geschwister auch mal für Diskussionen, etwa wenn die beiden gegen das in Sri Lanka verbreitete Kastensystem anreden. «Unsere Eltern sind nicht besonders liberal. Aber sie sind sehr offen, wie wir unser Leben gestalten», sagt Anu Sivaganesan. Das hat wohl auch mit ihrer persönlichen Lebensgeschichte zu tun. In Sri Lanka, wo Ehen im Normalfall von den Eltern arrangiert werden, haben sie aus Liebe geheiratet. «Meine Mutter musste stark darum kämpfen», sagt Sivaganesan.

Sie selbst kämpft vor allem für andere. Auch wenn am Wochenende oder während der Ferien das Telefon klingelt, sind sie und ihre Mitarbeitenden zur Stelle. «Zwangsheiraten finden nun einmal nicht zu Bürozeiten statt», meint sie dazu nur. Neben der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Fachstelle Zwangsheirat arbeitet Sivaganesan zu 60 Prozent an der Universität Zürich, wo sie für ihre Doktorarbeit zum Thema Zwangsheirat eine Mehrländerstudie durchführt.

Seit 2013 in der Schweiz unter Strafe gestellt

Dafür reist sie viel, war schon für mehrere Monate in der Türkei, in Pakistan, Sri Lanka, Indien, Grossbritannien und in den USA. Sie kommt jeweils mit neuen Ideen zurück. Etwa der vor kurzem in der Schweiz eingeführten sogenannten eidesstattlichen Erklärung. Mit dieser können Personen offiziell festhalten, dass sie nicht ausreisen wollen oder keine Heirat wünschen. Werden sie trotzdem dazu gezwungen, kann dank der Erklärung etwa die Ausreise verhindert oder eine im Ausland geschlossene Ehe für ungültig erklärt werden.

Seit dem Beginn der Fachstelle Zwangsheirat hat sich einiges verbessert in der Schweiz. Das Thema ist in der Öffentlichkeit präsent. Seit Juli 2013 ist Zwangsheirat explizit unter Strafe gestellt. 2009 startete der Bund ein Programm gegen Zwangsheirat. Anu Sivaganesan hofft, dass sich die Arbeit der Fachstelle irgendwann ganz erübrigt, weil es schlicht keine Nachfrage mehr gibt danach. Zurücklehnen würde sie sich aber selbst dann nicht. «Ich bin Teil dieser Gesellschaft und spüre dafür eine Verantwortung. Bis zum letzten Atemzug, wenn ich dann noch klar denken kann, werde ich mich für die Menschenrechte einsetzen.»

«Es ist ein Menschenrecht zu entscheiden, wen ich lieben und heiraten will.»

Anu Sivaganesan
Präsidentin zwangsheirat.ch

Doppelt so viele Beratungen

Religion In den Sommerferien hat die Anzahl der Meldungen bei der Fachstelle Zwangsheirat deutlich zugenommen. Rund zehn Beratungen wurden wöchentlich durchgeführt, doppelt so viele wie unter dem Jahr. In den letzten zwei Jahren stark angestiegen sind die Fälle von Kinderheiraten und religiösen Heiraten, wie Anu Sivaganesan, Präsidentin der Fachstelle Zwangsheirat, sagt. Häufig laufe es so, dass Kinder oder Jugendliche in einem religiösen Ritual ge-

trig, wird die Heirat nachträglich auch noch auf dem zivilstandsamtlichen Weg besiegelt. Die Betroffenen fühlen sich durch die frühe religiöse Heirat gebunden und wagen nicht mehr, aufzubrechen.

Aus rechtlicher Sicht sind diese religiösen Heiraten zwar ungültig, da in der Schweiz per Gesetz erst eine zivile Trauung erfolgen muss. In der Praxis werden sie aber manchmal im Nachhinein legitimiert, da die Gerichte eine Interessensabwägung machen. Sagt eine einst minderjäh-

rig verheiratete Frau aus, sie wolle in der Ehe bleiben, wird dies berücksichtigt. Anu Sivaganesan kritisiert dies scharf. Sie erinnert sich an ein Beratungsgespräch mit einer 16-Jährigen, die bereits mit zwölf Jahren verheiratet worden war. «Sie wurde schon so früh zur Ehefrau, dadurch wurde ihr die Möglichkeit genommen, Kind zu sein», sagt sie. «Möglicherweise gibt sie mit 18 Jahren die Antwort, sie wolle weiterhin in dieser Ehe bleiben, weil sie nichts anderes kennt.» Hier müsste der Rechtsstaat eingreifen. (ba)